



# Interviews

**Datum: 16.10.2023**

**Terry Reintke im Gespräch mit Christoph Heinemann**

**Christoph Heinemann:** Am Telefon ist Terry Reintke von der Partei Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied des Europäischen Parlaments und Co-Vorsitzende der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz. – Guten Morgen.

**Terry Reintke:** Guten Morgen, Herr Heinemann.

**Heinemann:** Frau Reintke, aus Berlin wissen wir, wie streitsüchtig Dreierkoalitionen sein können. Wird Polen politisch instabiler?

**Reintke:** Ich denke, das Gegenteil würde der Fall sein, wenn es zum Regierungswechsel kommt, weil wir gesehen haben, dass die Strategie, nicht gemeinsam als Oppositionsblock, wie das zum Beispiel in Ungarn gemacht worden ist, in die Wahl zu gehen, für die Opposition jetzt funktioniert hat. Sie sind aber alle willens, eine Regierung zu bilden, und – das muss man ja sagen – es geht da nicht nur um einen klassischen Regierungswechsel, sondern es geht wirklich darum, eine Regierung, die systematisch versucht hat, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Minderheitenrechte einzuschränken in den letzten Jahren, und das auch getan hat, von der Macht wieder wegzubekommen. Dementsprechend gehe ich davon aus, dass Polen als konstruktiver Partner mit einem Regierungswechsel in Europa gestärkt werden würde.

**Heinemann:** Was kann Donald Tusk, was Olaf Scholz nicht kann?

**Reintke:** Donald Tusk hat in diesem Wahlkampf gezeigt, dass er versuchen will, das Land wieder zusammenzuführen. Polen ist ein wahnsinnig

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

gespaltenes Land. Das sieht man jetzt auch wieder in den Wahlergebnissen, wenn man sich den Osten und den Westen anschaut, aber auch, wenn man sich anschaut, wie unterschiedliche Altersgruppen zum Beispiel abgestimmt haben. Donald Tusk, wenn er denn Premierminister werden wird, wird keine einfache Aufgabe vor sich haben. Es ist ein gespaltenes Land. Aber ich hoffe, dass dann mit einem gemeinsamen Bündnis aus der Opposition die wichtigen Schritte gegangen werden. Ich muss Ihnen nicht erzählen, vor wie vielen Herausforderungen die Europäische Union gerade steht, ein Land wie Polen eingeschlossen. Polen ist eine wahnsinnig relevante Demokratie in Europa und deswegen müssen wir jetzt endlich die Ärmel hochkrepeln und da ran. Da hoffe ich mit einem Regierungswechsel, dass das einfacher werden wird.

**Heinemann:** Stärkste Partei, Frau Reintke, ist die PiS. Wie erklären Sie sich die Popularität der Nationalkonservativen?

**Reintke:** Die PiS hat schon versucht, in den letzten Jahren auch immer wieder populäre Maßnahmen einzuführen. Sie haben zum Beispiel das Kindergeld erhöht, sie haben eine Sicherheit geboten in Zeiten, in denen es in Polen sehr viele Umbrüche gegeben hat. Polen ist immer noch eine Transformationsgesellschaft und dementsprechend hat das viele Leute angesprochen. Man muss aber in den letzten Jahren auch ganz klar sagen: Sie haben gerade das Staatsfernsehen und den Staatsrundfunk genutzt, um Schmierkampagnen gegen Oppositionelle zu fahren, um nur noch die eigene Geschichte zu erzählen. Das ist wahnsinnig gefährlich in einer Demokratie. Sie haben Gewaltenteilung eingeschränkt. Sie haben versucht, eine unabhängige Justiz zu entmachten, um damit ihre Macht zu konsolidieren. Deswegen ja, es ist immer noch die stärkste Partei, aber mit einem Regierungswechsel können all diese Entwicklungen jetzt aufgehoben werden und zurückgedrängt werden. Das ist wahnsinnig wichtig für die Menschen in Polen und für die gesamte Europäische Union.

**Heinemann:** Sie haben die Justizreform angesprochen. Die PiS-Regierung in Warschau hat ja immer gesagt, die Reform diene auch dem Zweck, die

letzten Reste des sozialistischen Erbes aus den sogenannten volksdemokratischen Zeiten los werden zu wollen. Wenn man sich diese Sicht für einen Moment zu eigen macht: Was spricht gegen eine solche Entideologisierung der Justiz?

**Reintke:** Sehen Sie, wenn Sie sich die Institution wie zum Beispiel die Venedig-Kommission des Europarats anschauen oder auch in der Europäischen Union – es ging nie darum, dass es keine Justizreform geben darf, sondern es ging immer darum, die muss rechtsstaatlichen Standards entsprechen. Die Argumente, die da von der PiS ins Feld geführt worden sind, wenn Sie sich mal das Durchschnittsalter von Richter\*innen in Polen anschauen, dann war das sehr, sehr schwer haltbar. Am Ende ist auch immer wieder klar geworden, worum es eigentlich ging, dass man die Justiz auf Linie bringt, weil man nicht in einem rechtsstaatlich organisierten demokratischen System mit Gewaltenteilung regieren möchte, weil das die Gewalt und die Möglichkeiten, die Macht der Exekutive am Ende einschränken kann. Aber genau darum geht es ja und dementsprechend hat die PiS sehr bewusst versucht, Demokratie einzuschränken, und hat jetzt dafür einen Denkkzettel bekommen. Sie haben das gesehen: Die Wahlbeteiligung in Polen gestern war wahnsinnig hoch, und das lag auch daran, dass viele junge Polinnen und Polen, dass viele Frauen, dass viele Menschen, die in einem demokratischen Staat leben wollen, diese Justizreform und diese Art von Regieren der PiS nicht mehr hinnehmen wollten.

**Heinemann:** Warum lohnt sich in Polen ein Wahlkampf gegen die Europäische Union und gegen Deutschland?

**Reintke:** Weil es immer noch einfach ist, in bestimmte Ressentiments zu verfangen, weil es einfach ist, bestimmte Kränkungen, die ja auch existieren, aufzunehmen, und ich möchte überhaupt nicht absprechen, dass Polen im Zweiten Weltkrieg wahnsinnig gelitten hat und dass das, glaube ich, auch in der deutschen Debatte noch nicht zur Gänze und zu dem, wie es eigentlich wahrgenommen werden sollte, wahrgenommen wird. Deswegen: Dass es da erst mal eine Grundlage gibt, das ist ja klar, aber die PiS

hat versucht, das wahnsinnig zu instrumentalisieren, auch gegen die Europäische Union, dass immer wieder nach Brüssel geschossen worden ist und nicht konstruktiv an Lösungen gearbeitet worden ist. Ehrlich gesagt, das ist ja nichts, was nur in Polen passiert. Das sehen wir auch in anderen europäischen Ländern, dass gerade konservative Parteien, auch leider, leider in Deutschland, so einen populistischen Wahlkampf versuchen. Ich glaube, Polen ist noch mal ein Beispiel dafür, wie wichtig es ist, dass alle Demokratinnen und Demokraten natürlich streiten, aber dann gemeinsam versuchen, wirklich Lösungen zu finden.

**Heinemann:** Frau Reintke, aus Polen werden keine arabisch-islamischen Freudenfeiern gemeldet nach den Massakern der Hamas-Terroristen in Israel, im Gegensatz zu Deutschland. Was kann die deutsche Migrationspolitik von Polen lernen?

**Reintke:** Ich glaube, dass die Situation da in Polen sehr schwer mit dem vergleichbar ist, weil Polen eine andere Geschichte hat. Polen ist erst seit 89 wieder Teil eines demokratischen Europas. Dementsprechend haben da andere Entwicklungen stattgefunden. Ich gehe davon aus, dass die Debatte auch in Polen geführt wird, die jetzt gerade geführt wird.

**Heinemann:** Welche Debatte?

**Reintke:** Die Debatte um die Frage, was gerade im Nahen Osten passiert. Das sind dramatische Entwicklungen, die wir da wahrnehmen. Ich möchte, dass die Europäische Union da gemeinsam mit einer Stimme spricht und dass wir ganz stark den Terror der Hamas verurteilen und jetzt versuchen, auf politische Lösungen hinzuwirken.

**Heinemann:** Noch mal mit Blick auf die Vorkommnisse in Berlin zum Beispiel und in anderen deutschen Städten. Was kann denn die deutsche Politik da von Polen lernen?

**Reintke:** Ich glaube, wir müssen jetzt mit der Situation in Deutschland umgehen und auch in anderen europäischen Ländern und sehr klar auch ...

**Heinemann:** Die – das würden Sie aber auch sagen – nicht gerade vorbildlich ist.

**Reintke:** Na ja. Dass es eine Situation gibt, in der sich bestimmte Menschen antisemitisch positionieren, das gibt es nicht nur in Deutschland und das gibt es auch in Polen. Dementsprechend ist es wichtig, dass wir gemeinsam gegen Antisemitismus stehen und auch, wenn es das gibt – und das gibt es in Deutschland -, gegen zum Beispiel Vorfeldorganisationen der Hamas vorgehen. Aber darauf müssen politische, rechtstaatliche Antworten gefunden werden und das ist jetzt, was die Politik liefern muss.

**Heinemann:** Würden Sie jetzt den Polen sagen, ihr müsst euch an unserer gescheiterten Migrationspolitik ein Beispiel nehmen?

**Reintke:** Na ja. Es geht jetzt gerade in der Migrationspolitik um die Frage, wie man ein sinnvolles europäisches Asylsystem in Zukunft aufbaut, und da hat Polen in den letzten Jahren nicht konstruktiv mitgearbeitet und sich jetzt auch wieder beim Migrationspaket im Grunde genommen nur mit einer Blockadehaltung ...

**Heinemann:** Entschuldigung, Frau Reintke. Es geht für Deutschland auch um die Frage, wie verhindert man, dass weitere Israel-Hasser einwandern.

**Reintke:** Nein. In der Migrationsdebatte, die wir gerade führen, wenn es um das Migrationspaket geht, geht es in erster Linie darum, wie wir ein rechtstaatlich und geordnet organisiertes Asylsystem in der Europäischen

Union hinbekommen, und da hat Polen im Rat überhaupt keine konstruktive Rolle gespielt. Ich hoffe, dass sich das jetzt, wenn es einen Regierungswechsel geben sollte, ändern wird.

**Heinemann:** Was bedeutet diese Wahl für die polnische Unterstützung der Ukraine in Zukunft?

**Reintke:** Die polnische Parteienlandschaft – und das ist ja auch bei Donald Tusk so und auch den Regierungsparteien – hat sich immer sehr klar solidarisch zur Ukraine positioniert. Ich denke, dass es die Solidarität der Europäischen Union mit der Ukraine stärken wird, wenn es einen Regierungswechsel gibt, weil – das muss man auch bedenken – Viktor Orbán, die ungarische Regierung mit einem dann nicht mehr rechtsautoritär regierten Polen seinen wichtigsten Partner im Rat verlieren wird. Es war ja in der Vergangenheit häufig so, dass Viktor Orbán derjenige war, der Positionierungen zur Ukraine, zum Beispiel was Russland-Sanktionen angeht oder jetzt die Finanzhilfen, blockiert hat. Dementsprechend erhoffe ich mir auch im Rat eine neue Dynamik, was außenpolitische Entscheidungen angeht, und auch eine größere Einheit, was die Solidarität zur Ukraine betrifft.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*